

Presseinformation 13/2025

Planungssicherheit statt Rückfall

Die Politik diskutiert derzeit das Engagement in fossile Energieträger zu verstärken, den Kohleausstieg zu verlängern, Gaskraftwerke zu bauen, Gaspipelines aus Russland wieder instand zusetzen, Erdgasförderung in Deutschland auszubauen, das Gebäudeenergiegesetz abzuschaffen oder klimaschädliches Erdgas für eine Wasserstoffproduktion einzusetzen. All dies verschärfe den Klimawandel, zerstöre Lebensgrundlagen und kostet viel Geld, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt.

Isotopenanalysen von atmosphärischem Kohlendioxid belegen längst, dass die Verbrennung fossiler Energien zu den Haupttreibern des menschengemachten Klimawandel gehört. Die Konzentration des CO₂ Gehalts der Atmosphäre hat nach Aussagen des UN-Umweltprogramms längst eine kritische Grenze überschritten, in deren Folge der Klimawandel sich verstärkt. Jede weitere Verbrennung führt zu mehr katastrophalen Schäden. Deshalb müsse sich der oberste Grundsatz in der Politik daran orientieren, Verbrennungsprozesse so schnell wie möglich einzustellen und technische und natürliche Methoden zu entwickeln, die CO₂ Konzentration in der Atmosphäre wieder zu reduzieren, so der nachhaltige Wirtschaftsverband.

Der Energiepreis hänge derzeit nach dem Merit-Order-Prinzip sehr stark von den teuren Erdgaskraftwerken ab. Den fossilen Erdgasmarkt wieder anzukurbeln und im Gegenzug dann die dadurch steigende Energiepreise mit dem Sondervermögen zu subventionieren, sei keine sinnvolle und in die Zukunft weisende Option. Zumal mit den erneuerbaren Energien eine wesentlich kostengünstigere und klimaschonendere Option bestehe, die in den letzten drei Jahren zu der Überwindung der durch Russland ausgelösten Energiekrise und zu einer wesentlichen Stabilisierung der Energiepreise beigetragen habe.

Der Verband für Wirtschaft und Umwelt und der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz appellieren deshalb an die Politik, nicht wieder die Abhängigkeiten von fossilen Energien aus Russland, USA und anderen autoritären Staaten auszubauen. Den Fehler der Vergangenheit erneut zu machen, sei kein guter Ratschlag. Der Ausbau einer eigenen Energieversorgung mit Sonne, Wind und Speicher sei weit fortgeschritten, führe zu günstigen Energiepreisen und sei ein wichtiger Schritt, die Klimaziele einzuhalten.

Dieses Konzept führe zu einer von der Wirtschaft geforderte Planungssicherheit und zu neuen Märkten. Das Beispiel Elektromobilität zeige, wie schnell ein Industriezweig in Schwierigkeiten komme, wenn falsche und rückwärtsgewandte Entscheidungen getroffen werden. Dagegen habe der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Elektromobilität in China deutlich gemacht, wie die Transformation zu Wirtschaftswachstum und Marktführerschaft führe. Deutschland und Europa dürften sich von diesen Entwicklungen nicht abkoppeln, so die Verbände abschließend.